

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit dieser Ausgabe wollten wir eigentlich die 40. Ausgabe des „Wir in Lichterfelde“ feiern, denn wir sind stolz darauf, wie gerne das Blättchen gelesen wird!

Die politische Lage hat sich nun aber rasant verändert: Nach einem unwürdigen parteitaktischen Gezerre ist der 23. Februar 2025 als Tag für die Neuwahl des Bundestags bestimmt. Ein Winterwahlkampf kommt auf uns zu, bei dem es im besonderen Maße auf uns als Wähler*innen ankommt.

Ebenso erfordern Wahlvorbereitung und Durchführung einen großen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte. Wir sollten in großer Zahl unser demokratisches Recht zu wählen wahrnehmen und die demokratischen Parteien in die Lage versetzen, die Angriffe auf unsere Demokratie abzuwehren. Die SPD hat dies mit großem Einsatz und schmerzlichen Erfahrungen in der Geschichte erlebt.

Wir als SPD Lichterfelde West setzen weiterhin auf Ruppert Stüwe, unseren Bundestagsabgeordneten für Steglitz-Zehlendorf. Er macht im Bundestag und hier vor Ort eine sehr engagierte Arbeit. Viele Bürger*innen konnten ihn schon kennen lernen. Das sollte er in Zukunft fortsetzen können. Was mir auch Mut macht: viele Nachbar*innen treffen sich regelmäßig im Bündnis „Lichterfelde weltoffen“, um gegen rechtsradikale Umtriebe zu demonstrieren. Sie sind alt und jung, Lichterfelder Urgewächse oder gerade dazugekommen. Sie zeigen, was unseren Kiez so lebenswert macht: Zusammenhalt trotz aller Unterschiedlichkeit und klare Kante gegen die, die das zerstören wollen.

Wir Demokrat*innen sind mehr – in der Nachbarschaft und darüber hinaus. Bleiben wir also solidarisch und untereinander im Gespräch, denn es gibt immer mehr, was uns eint, als, was uns trennt.

Ihr Alex Niessen

Co-Vorsitzender
der SPD-Lichterfelde West

40 Ausgaben „Wir in Lichterfelde“

Wir feiern ein kleines Jubiläum: Sie halten das 40. „Wir in Lichterfelde“ in der Hand. Seit 2006 schreiben wir diese kleine Zeitung. Es erscheinen zwei bis fünf Ausgaben pro Jahr.

Der Erkenntnis, dass es kommunale Themen und Nachrichten aus dem Mikrokosmos Lichterfelde West kaum einmal in die „große“ Presse schaffen, wollten wir etwas entgegensetzen. 18 Jahre sind eine lange Zeit, in der sich auch in Lichterfelde manches änderte.

Eines aber bleibt zum Glück wie es ist: Das Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner ist unverändert hoch und trägt ganz maßgeblich zum Erhalt der Lebensqualität in Lichterfelde West bei. Gerade das Wissen um kommunale Themen ist deshalb besonders wichtig, denn es hält den Kiez zusammen. Darum berichten wir über Lichterfelder Initiativen und Personen, die sich für ihren Stadtteil einsetzen, historische Lichterfelder Persönlichkeiten und Orte und natürlich über aktuelle kommunalpolitische Themen. Wir wollen Sie seit 18 Jahren informieren und unterhalten.

Die Rückmeldungen unserer Leserinnen und Leser zeigen, dass uns das gelingt.



Wir wollen natürlich auch zeigen, wer wir sind, wen Sie bei Fragen und Problemen ansprechen können und was die SPD im Kiez so tut. Manchmal werden wir gefragt: „Eure Politik ist schlecht, was wollt Ihr hier?“ Richtig, die Lage ist nicht rosig. Das aktuelle Weltgeschehen erfordert starke Antworten, die nur mit großen Anstrengungen und ja, auch im Streit zu finden sind. Und die vermeintlich einfachen Lösungen der Rechten setzen allen demokratischen Parteien zu.



Das ist für uns aber kein Grund, uns zu verstecken. Im Gegenteil: Die SPD Lichterfelde West ist mit über 300 Mitgliedern die größte Abteilung in Steglitz-Zehlendorf. Und es kommen ständig neue, auch junge Gesichter dazu, derzeit sogar mehr als zuvor. Der Grund? Jenseits der Tagespolitik gibt es etwas, was uns und unseren neuen Mitgliedern wichtig ist: Die Sicht auf den Menschen war immer und ist nach wie vor Kern der Sozialdemokratie.

Wir stehen ein für eine Gesellschaft, die nicht nur wenigen, sondern allen Menschen nutzt. Eine Gesellschaft, in der die universelle Geltung der Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen nicht verhandelbar sind. Und eine Gesellschaft, in der nicht ungehemmte Gewinnmaximierung, sondern der Erhalt von Lebensqualität und irdischen Ressourcen für die Zukunft aller Menschen im Vordergrund steht.

Wenn wir gerade nicht arbeiten, studieren, Kinder oder Enkel betreuen und tun, was man in Lichterfelde so tut, arbeiten wir an genau diesen Zielen.

Petra Hauschulz
Co-Vorsitzende der
SPD Lichterfelde West

Alle bisher erschienenen Ausgaben finden Sie auf unserer Website www.spd-lichterfelde.de im WiLi-Archiv.

Jugendpolitische Herausforderung – Zuversicht braucht Vertrauen

Der Herbst 2024 war medial sehr jugendpolitisch geprägt: Im Oktober 2024 wurde die neu vorgelegte *Shell*-Jugendstudie aufgelegt, kurz zuvor im September wurde der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vorgelegt. Dieser über 600 Seiten starke Bericht der Bundesregierung gibt Handlungsempfehlungen für die Ausrichtung der Kinder- und Jugendpolitik.

Beruhigend ist, dass sich die Erkenntnisse der beiden Studien gleichen. Beide halten fest, dass die heranwachsende Generation von einer großen Vielfalt geprägt ist, mit Blick auf kulturelle Prägung, Einstellungen und Perspektiven auf die eigenen Lebensentwürfe genauso wie gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Diese Vielfalt geht einher mit Erfahrungen von großen Erschütterungen, der Pandemie, dem Verlust des Vertrauens in eine friedliche Zukunft, einer destabilisierten demokratischen Gesellschaft. All das berührt den Alltag junger Menschen und deswegen kommt die Kurzfassung des Berichtes zu dem Fazit: Zuversicht braucht Vertrauen!

Für die Erfüllung der Bedürfnisse junger Menschen gelten als entscheidende Funktionen der Kinder- und Jugendhilfe: Gleichberechtigte Teilhabe, begründetes Vertrauen in die Zukunft, gewaltfreies Aufwachsen, Anspruch auf Generationengerechtigkeit und Raum für Selbstpositionierung. Diese Bedingungen sicher zu stellen, ist die Aufgabe einer verlässlichen und ernst gemeinten Jugendpolitik.

Im Land Berlin wurde die Jugendpolitik durch den Senat ab 2019 auf eine neue Basis gestellt, mit dem Jugendfördergesetz, welches am 01.01.2020 in Kraft trat. Durch dieses Gesetz wurden zum ersten Mal gesetzliche Mindeststandards der Jugendförderung festgelegt und die Finanzierung im Landeshaushalt verankert. Nunmehr sind bestimmte Angebotsformen und, gemessen an Bevölkerungsstrukturen, der Umfang von Angeboten vorgegeben. Das ist ein Meilenstein vor allem deswegen, weil die Jugendarbeit immer zu den so genannten „freiwilligen“ Leistungen der Bezirke zählte und daher mit jeder neuen Haushaltsberatung den mehr oder weniger

großen Sparzwängen unterworfen war. Das war in mehrfacher Hinsicht fatal. Neben der Unsicherheit für die pädagogisch Beschäftigten war es natürlich kein gutes Signal für das Thema Vertrauen der jungen Menschen in die Politik.

Ganz konkret wurde festgelegt, welches Kontingent an Reisen, freier Jugendarbeit, Gruppenangeboten, Bildungsangeboten usw. zukünftig vorgehalten werden muss. Die nötigen Finanzmittel wurden schrittweise im Landeshaushalt für die Bezirke festgelegt! Das war für die Bezirke eine dringend notwendige Unterstützung. Auf diese Weise ist es uns gelungen, in den letzten vier Jahren die Angebote der Jugendarbeit kontinuierlich auszubauen.

Das gilt selbstverständlich auch für Steglitz-Zehlendorf. In unserem Bezirk geht der Ausbau des Angebotes mit der schrittweisen Sanierung der insgesamt sehr maroden Gebäude der Kinder- und Jugendarbeit einher. Denn auch das gehört zum Aspekt des Vertrauens, den wir der Jugend vermitteln wollen: Wir investieren nicht nur in die Infrastruktur für Erwachsene. Wir haben genauso die nächste Generation im Blick. Saniert wurden das Haus der Jugend in der Argentinischen Allee und die Jugendfreizeitanlage in Düppel, die sogar erweitert wird.



Für die Zukunft steht das *KiJuNa* in Lichterfelde Süd an, wo vor allem ein inklusiver, frei von Beeinträchtigungen geplanter Umbau erfolgen wird. In Düppel wird zudem noch ein neuer Sportplatz angelegt, gemeinsam geplant mit den Kindern und Jugendlichen aus der Nachbarschaft.



Ein besonderes Augenmerk liegt für das Jugendamt auf Lichterfelde West, denn hier ist leider die Versorgung noch nicht ausreichend. Es existierte lange Zeit nur eine einzige Einrichtung, das Albrecht-Dürer-Haus in der Memlingstraße. Das ist sehr schön, und der Garten rund um das Haus ist ein großes Geschenk. Trotzdem aber war es zu wenig. Daher sind wir sehr glücklich, zukünftig am Tietzenweg einen zweiten Standort für die Jugendarbeit zu haben. Neben den Bahngleisen liegt ein Gelände, welches als großer Kita-Standort geplant, jedoch schon seit längerer Zeit nicht mehr vollständig genutzt war. Der Träger hat den Standort aufgegeben und das Jugendamt konnte ein neues Nutzungskonzept für Kinder und Jugendliche erstellen,

Als Jugendstadträtin bin ich dankbar, an dieser Phase der Konsolidierung mitzuwirken. Mir ist es wichtig, den nächsten Generationen zu vermitteln, dass Politik langfristig gesamtgesellschaftlich denkt und plant. Daher setze ich mich auf der Landesebene vehement dafür ein, dass diese Erfolge den auf uns zu kommenden Sparzwängen nicht zum Opfer fallen. So viel Vertrauen wäre damit zerstört, den jungen Menschen die Zuversicht genommen.

An die Bürgerinnen und Bürger in Lichterfelde-West möchte ich den Appell des Bundesberichtes gern weitergeben: Zuversicht braucht Vertrauen. Jugendliche machen oft schwierige Phasen durch, das Heranwachsen in diesen Zeiten ist für viele eine Herausforderung. Schenken Sie dieses Vertrauen, damit die nächste Generation mit Zuversicht Teil der Zivilgesellschaft werden kann.

Carolina Böhm

Stadträtin für Jugend und Gesundheit

Den gesamten Jugendbericht der Bundesregierung, ebenso eine Kurzversion, finden Sie hier: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628>

Fernwärmeversorgung von Vattenfall zurückgekauft – Susanne Huneke zu den Hintergründen und Perspektiven

Das Heizkraftwerk Lichterfelde wurde 2019 stillgelegt und durch ein klimafreundliches Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk ersetzt. Der Rückbau (s. *WiLi* 39. Ausgabe) der über 50 Jahren weithin sichtbaren Schornsteine steht symbolhaft für die Transformation der Energie- und Wärmeversorgung.

Im Mai 2024 wurde die vorherige Vattenfall Wärme Berlin AG in Berliner Energie und Wärme AG (BEW), nachdem das Land Berlin die Fernwärmeversorgung vom Vattenfall-Konzern zurückgekauft hat. Susanne Huneke, zuvor Vertriebsleiterin bei Vattenfall, leitet in dem neuen Landesunternehmen den Bereich Strategie, Politik und Regulierung. Im Gespräch mit *WiLi* beleuchtet sie die Perspektiven der Rekommunalisierung.

Welche Rolle spielt Fernwärme bei der Dekarbonisierung in Städten?

Für die Heizkraftwerke sowie die Beheizung, Klimatisierung und Warmwassernutzung aller Berliner Gebäude werden pro Jahr rund 8,4 Mio. t CO₂-Emissionen (Stand 2020) aus der Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas verursacht - rund 47 % der gesamten CO₂-Emissionen unserer Stadt. Ziel ist, diesen Anteil durch klimafreundliche Lösungen bis 2045 auf Null zu bringen.

Für Ein- und Zweifamilienhäuser gilt die dezentrale Wärmepumpe zurecht als Standardlösung. Innerstädtisch leisten bei dichter Bebauung und hohem Wärmebedarf auf geringer Fläche aber Wärmenetze den größten Anteil der Dekarbonisierung. Mit jedem CO₂-lastigen Erzeuger, den wir ersetzen, steigern wir Effizienz und Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme für die angeschlossenen Gebäude.

Der Umbau ist in der Stadt gut sichtbar: Schornsteine werden zurückgebaut, große Kessel außer Betrieb genommen.

An unserem größten Standort in Reuter West entsteht eine große Wärmepumpe, die Klärwasser der Berliner Wasserbetriebe kühlt und rd. 45.000 Haushalte mit Fernwärme versorgen kann.

Das Wärmeplanungsgesetz des Bundes vom Januar 2024 verpflichtet die Kommunen zu planen, wie sie bis 2045 Klimaneutralität im Gebäudesektor erreichen können. Was ist der Stand der Dinge in Berlin?



Für die Wärmeplanung in Berlin ist die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima- und Umweltschutz (SenMVKU) zuständig. Dort wurde die Arbeit

schon nach Verabschiedung des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes begonnen. Die Wärmeplanung zeigt gebietsweise auf, welche Wärmeversorgungslösung sinnvoll ist, und gibt den Rahmen vor für Investitionsentscheidungen der Gebäudeeigentümer und der Betreiber der Infrastruktur. Bis 30.06.2026 muss das Land einen ersten Wärmeplan vorlegen. Wir sind in den strukturierten Prozess der Senatsverwaltung gemeinsam mit anderen Akteuren eingebunden, machen Vorschläge und geben Einschätzungen einbringen. Berlin ist da auf einem guten Weg.

Gemeinsam mit der SenMVKU und den Bezirken planen wir drei Pilotvorhaben. Gemeinsam wollen wir in ausgewählten Gebieten das Fernwärmenetz mit einer maximalen Zahl von Gebäudeanschlüssen verdichten und Erfahrungen für den weiteren Netzausbau gewinnen.

Netzerweiterung bedeutet mehr und längere Baustellen wie am Hindenburgdamm. Wie lang dauert das?

Am Hindenburgdamm realisieren wir derzeit das mit Abstand größte Bauvorhaben in unserem Netz. Das dauert noch bis 2026. Wir erweitern das Netz, um bis zu 11.000 zusätzliche Haushalte in den anliegenden Kiezen zusätzlich versorgen zu können. Ein solcher Ausbau wird zu weiteren Baustellen in der Stadt führen. Wir bemühen uns, das mit den Bezirken und den anderen Infrastrukturunternehmen zu koordinieren. Am Hindenburgdamm arbeiten wir zeitgleich mit den Berliner Wasserbetrieben, um die Einschränkung des Verkehrs möglichst kurz zu halten.

Wie erfahre ich, ob ich auch mit Fernwärme versorgt werden kann?

Interessierte Gebäudeeigentümer können sich auf unserer Homepage mit wenigen Informationen wie z.B. Adresse des Gebäudes, beheizter Fläche und bisheriger Heizungsart registrieren. Auf der Grundlage der Wärmeplanung treiben wir die gebietsweise Erschließung voran, über die wir informieren werden.. Wir streben an, dass jede Straße nur einmal geöffnet werden muss, um möglichst viele Gebäude anzuschließen oder für den Anschluss vorzubereiten.

War es richtig, dass das Land Berlin das Fernwärmenetz für 1,6 Milliarden Euro von Vattenfall zurückgekauft hat und es selbst weiter entwickeln will?

Die beiden Schlüsselaufgaben der Dekarbonisierung unseres Erzeugungsparks und der Ausbau des Netzes innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte sind groß. Über 2.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit Herzblut daran, diese beiden Ziele zu erreichen und gleichzeitig den Anlagenbetrieb und die Versorgungssicherheit ohne Einschränkung zu gewährleisten. Als kommunales Unternehmen können wir dabei mit den anderen Landesunternehmen noch enger zusammenwirken und mit einem abgestimmten Ausbau den volkswirtschaftlichen Nutzen vergrößern. Und nicht zuletzt: Als Berliner Unternehmen leisten wir einen ganz spezifischen Beitrag für unsere Stadt Berlin.

Welche Auswirkungen hatte die Neugründung der BEW AG für Personal und Unternehmensorganisation?

Die Belegschaften der Vattenfall Wärme Berlin AG sowie der Tochtergesellschaften und das Aus- und Fortbildungszentrum sind komplett mit dem Verkauf übergegangen. Wir mussten einige Prozesse verändern, weil wir in der Vergangenheit viele Unternehmensdienstleistungen wie Buchhaltung, IT oder Einkauf zentral aus dem Vattenfall-Konzern bezogen haben. Diese Integration hat gut funktioniert.

Unser Kerngeschäft bleibt der Betrieb von technischen Anlagen, um die Menschen in Berlin verlässlich mit Wärme zu versorgen. Die dazu erforderlichen Veränderungen werden unser Unternehmen und unsere Arbeit in den kommenden zwanzig Jahren prägen - ganz unabhängig von der Rekommunalisierung.

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West der SPD
www.spd-lichterfelde-west.de

ViSdP: Alexander Niessen,
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Fotos: Redaktion: S.1,2,4 (Stüwe), 5, 6
S.1 (Grafik) Freepik, S. 3 BEW,
S.4 Bild NRW-Schulministerium

Druck: LaserDruck, Berlin - klimaneutral.

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe.

Demokratiebildung in der Schule

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ (Grundgesetz Artikel 20).

Antidemokratische Bewegungen und Parteien in Europa gefährden die Demokratie als Staatsform. Was kann die Schule tun, um den Heranwachsenden zu vermitteln, dass die Staatsform für sie und für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist?

Um Demokratiebildung in der Schule zu verwirklichen, genügt es nicht, sie als Unterrichtsprinzip zu postulieren. Vielmehr muss die Stundentafel ein adäquates Schulfach ausweisen. In den einzelnen Bundesländern wird dies unterschiedlich gehandhabt. In Berlin stehen in den Klassen 5 / 6 im Fach Gesellschaftswissenschaften insgesamt drei Wochenstunden für geografische, historische und politische Themenfelder zur Verfügung. Erst seit dem Schuljahr 2019/20 gibt in den Klassen 7 bis 10 politische Bildung als Fach, für das im Rahmen des Lernbereichs Gesellschaftswissenschaften zwei Wochenstunden vorgesehen sind. In der gymnasialen Oberstufe wird das Fach Politikwissen-

schaften als – nicht obligatorischer – Grundkurs und als Leistungskurs angeboten. Die Konferenz der Kultusminister hat für alle Schulfächer Standards festgelegt, nicht aber für die politische Bildung. Die Inhalte, die vermittelt werden sollen, sind in den Ländern nicht einheitlich. Verbindliche Anforderungen sind aber erforderlich. Unerlässlich ist die Vermittlung von Wissen, wie das politische System funktioniert, welchen Institutionen welche Auf-

gaben zukommen, welche – im Grundgesetz besonders hervorgehobene – Rolle die politischen Parteien spielen. Schüler müssen die Möglichkeit haben, demokratische Prozesse im „Schonraum“ Schule auszuprobieren. Sie sollen lernen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen; erleben, dass Engagement etwas bewirken kann, Toleranz bei Meinungsverschiedenheiten und die Fähigkeit zu Kompromissen entwickeln.

Es ist eine vordringliche Aufgabe der Schule, die „Lerngelegenheiten“ zu organisieren. Das beginnt z.B. mit der Wahl der Schülervertretungen. Die Schüler müssen die Möglichkeit haben, Demokratie zu erfahren, indem sie an Entscheidungsprozessen in der Schule beteiligt werden, z.B. bei der Planung von Fahrten und Festen, bei Fragen der Schulentwicklung und auch bei der Unterrichtsgestaltung. Die Schüler sollen erleben, dass ihnen etwas zugetraut wird.



Ein wichtiger Aspekt bei der Demokratiebildung ist die Medienkompetenz. Die Schüler müssen Informationsquellen, unwahre Behauptungen, „alternative Fakten“ erkennen und bewerten.

Um den Erfahrungshorizont der Schüler zu erweitern, ist es notwendig, dass sich die Schulen für die Gesellschaft öffnen, z.B. durch Kontakte zu Medien, zu Vereinen, Betrieben, Verbänden, Parteien. Auch sollten Angebote außerschulischer

Träger zur Förderung von Demokratiebildung einbezogen und eine Vernetzung von Schulen angestrebt werden.

Dies zu organisieren, erfordert einen hohen Arbeitsaufwand, der von den Schulen kaum zu leisten ist. Dem könnte die Finanzierung von „Demokratiescouts“ abhelfen.

Während die Stadt Paris 2016 Schülerbudgets zur Verfügung gestellt hat und in Portugal die Schulen über einen Sonderetat für politische Bildung verfügen, stehen Berliner Schülern in begrenztem Umfang für bestimmte Aufgaben finanzielle Mittel zur Verfügung.

Den Anforderungen an die Schulen stehen situative Gegebenheiten gegenüber wie z.B. der Mangel an Lehrkräften und die nicht hinreichende Ausbildung im Bereich Demokratiebildung. Die soziale Heterogenität der Schüler nimmt zu. Sprachbarrieren behindern das Lernen. Konflikte zwischen Schulkultur und Familie führen zu Abwehrhaltungen. Demokratiebildung ist dringend notwendig, weil das Vertrauen auch der jungen Menschen in das politische System schwindet. Sie haben oft den Eindruck, dass sie keinen Einfluss auf die Politik nehmen können.

Wir müssen handeln, damit nicht Autokraten die Oberhand gewinnen, sondern weiterhin auch der Absatz 2 des § 20 des Grundgesetzes gilt:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Kurt Geisel

Eine Darstellung realisierter Projekte politischer Bildung gibt es in der Veröffentlichung der Hertie-Stiftung: Toolbox: Wegweisende Praxisbeispiele für Demokratiebildung. Frankfurt a.M. 2023. <https://www.ghst.de/toolbox>

Finanzielle Unterstützung in Berlin: info@schuelerinnen-haushalt.de



Ruppert Stüwe

Abgeordneter im Deutschen Bundestag
für den Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf

Wahlkreisbüro: Moltkestraße 52, 12203 Berlin
Direkt am S-Bahnhof Botanischer Garten

E-Mail: ruppert.stuewe@bundestag.de

Telefon: [+49 30 227-72733](tel:+493022772733)

WhatsApp: [+49 176 4716 9015](tel:+4917647169015)

Website: www.ruppert-stuewe.de

Halbzeit im Abgeordnetenhaus Zeit für eine Zwischenbilanz von Martin Matz MDA

WiLi: Seit ca. eineinhalb Jahren bist Du, Martin, nach der Wiederholungswahl Abgeordneter für Lichterfelde West und Zehlendorf Süd im Berliner Parlament. Was hat diese Zeit geprägt und wie siehst Du die Arbeit in der Koalition mit der CDU?

Martin: Es ist immer wieder spannend. Vorher gehörte ich als Staatssekretär zur Spitze der Verwaltung mit klaren Verantwortlichkeiten. Als Abgeordneter sind die Themen vielfältiger, und man kommt häufiger mit den Menschen in Kontakt. Das ist abwechslungsreich, und das mag ich.

Zur Koalition mit der CDU hatten wir hier in Lichterfelde West ja eine durchaus kritische Einschätzung. Aber wir haben mit dem Koalitionsvertrag eine Aufgabenliste auf dem Tisch, und da sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Bei manchen Themen wie der Neubau- und Wohnungspolitik und der inneren Sicherheit haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht. Das war in der Vorgängerkoalition aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen schwieriger. Beim Thema Schutz jüdischen Lebens und mit der klaren Kante gegen Antisemitismus herrscht in dieser Koalition Einigkeit. Das ist ein wichtiges Signal aus Berlin nach dem Terrorüberfall der Hamas vom 07. Oktober 2023 auf Israel. Insgesamt finde ich, dass diese Koalition einen produktiven Arbeitsmodus gefunden hat.

WiLi: Uns geht es natürlich vor allem um Lichterfelde West und Zehlendorf Süd: Was konntest Du in Deinem Wahlkreis erreichen?

Martin: Ich habe mich zunächst darauf konzentriert, den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel zuzuhören. Ich war viel unterwegs in meinem Wahlkreis, bei Veranstaltungen, mobilen Sprechstunden oder an den Haustüren. Ich bin immer sehr dankbar für Anregungen und Ideen aus der Anwohnerschaft. Die Menschen haben häufig ganz ähnliche Anliegen: Sichere, gut ausgebaute Rad- und Fußwege, lebenswerte Plätze, Schulwegsicherheit, gesicherte Nahversorgungsmöglichkeiten oder Hilfen für Gewerbetreibende angesichts der zahlreichen Baustellen in Lichterfelde West.

Bei einigen dieser Anliegen konnte ich moderieren oder über mein Fragerecht als Abgeordneter eine Diskussion anstoßen. Bei anderen Maßnahmen geht es darum, vom Bezirksamt und vom Senat konkrete Lösungen einzufordern. So zum Beispiel bei der Umsetzung einer Schulstraße in Steglitz-Zehlendorf, der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Lichterfelde West oder der Einrichtung eines Standortmanagements am Hindenburgdamm. Hier liegen alle Konzepte auf dem Tisch. Nun geht es um die Umsetzung. Das dauert manchmal noch zu lang.

Bei der Realisierung dieser Projekte und Vorhaben möchte ich die Bürgerbeteiligung in meinem Wahlkreis weiter stärken und unterstützen. Es gibt viele engagierte Initiativen und ehrenamtlich betriebene Projekte bei uns im Bezirk. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Das werde ich weiter im Auge behalten und unterstützen.



WiLi: Wie siehst Du deine Bilanz als innenpolitischer Sprecher der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus?

Martin: Viel Zeit zur Einarbeitung in den Bereich Innenpolitik blieb mir nicht. Von Beginn war mir wichtig, Eindrücke von der Praxis zu bekommen. Deshalb bin ich viel auf den Abschnitten und Wachen der Polizei, Feuerwehr und von Hilfsorganisationen unterwegs. Bei Praxistagen und Schichtbegleitungen konnte ich so direkt erfahren, an welchen Stellen es hakt und was wir als Politik besser machen müssen. Mir geht es dabei insbesondere um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten oder Feuerwehrleute. Dazu bin ich ständig im engen Austausch mit den Gewerkschaften. So konnte ich beispielsweise die substanzielle Erhöhung der Stundenzuschläge für Nacht- und

Wochenenddienste bei der Polizei Berlin durchsetzen, eine wichtige Wertschätzung der Arbeit der Polizei. Die Ausnahmen von der Parkraumbewirtschaftung für Schichtdienstleistende von Polizei, Feuerwehr etc. gehen in die gleiche Richtung.

Auch die Ausstattung der Beschäftigten auf den Dienststellen spielt eine große Rolle. Trotz der Sparmaßnahmen im Haushalt muss weiter Geld in die Sanierung der Wachen, die Dienstausrüstung und die Fahrzeugbeschaffung fließen. Wir müssen so auch für mehr Attraktivität bei den Sicherheitsberufen sorgen, denn in den nächsten Jahren gehen viele Beschäftigte in den Ruhestand und der Fachkräftemangel ist bereits jetzt deutlich zu spüren.

Bei der Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen geht es auch um mehr Befugnisse für die Polizei zur Verbrechensbekämpfung bei gleichzeitiger Gewährleistung der Bürgerrechte, wie z.B. bei der Frage, ob wir tatsächlich eine flächendeckende Videoüberwachung für den Kampf gegen organisierte Kriminalität benötigen.

WiLi: Wie lautet Dein Fahrplan für die restliche Legislatur bis zu den Wahlen im Herbst 2026?

Martin: Vieles von dem, was wir uns als SPD vorgenommen haben, hängt vom kommenden Haushalt ab. Wir stehen schon 2025 vor Sparzwängen, die wir verkraften müssen. Ich mache mich dafür stark, dass dies nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

Das Kaputtsparen in den Nullerjahren darf sich nicht wiederholen. Berlin braucht Investitionen, gerade auch im Bereich der Präventionsarbeit etwa bei Projekten der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit.

Zudem müssen wir den Sanierungsstau z.B. bei den Polizei- und Feuerwehrgebäuden abbauen und die Sichtbarkeit von Polizei und Feuerwehr in der Stadt erhöhen.

Bei meiner Wahlkreisarbeit in Lichterfelde West werde ich weiter auf Dialog setzen und mich darum kümmern, dass die vielen angekündigten Vorhaben und Projekte umgesetzt werden.

WiLi: Vielen Dank Martin, für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg bei Deiner Arbeit im Abgeordnetenhaus.

Aus der Bezirksverordnetenversammlung berichtet unser BVV-Mitglied Alexander Niessen

Bahnhofsvorplatz Lichterfelde-West

Bezirksstadtrat Urban Aykal (Grüne) hat die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung und der Beteiligungswerkstätten zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatz Lichterfelde-West vorgestellt. Der Verkehrsfluss in der Hans-Sachs-Str. soll umgekehrt werden, sodass der Vorplatz verkehrlich entlastet wird. Ebenso sollen die Fahrradbügel aus dem Kreuzungsbereich entfernt und ihre Anzahl erhöht werden. Der Gehweg soll verbreitert und auch Bordsteine abgesenkt werden. So soll die Sicherheit von Zufußgehenden verbessert werden, ohne dass der Vorplatz für den Autoverkehr ganz gesperrt wird. Die SPD-Fraktion wird die weitere Entwicklung und die Umsetzung kritisch begleiten.

Kita-Streik abgewendet

Nach einem Gerichtsentscheid wurde der unbefristete Streik bei den Kita-Eigenbetrieben in Berlin, die auch in Steglitz-Zehlendorf vertreten sind, abgewendet. Während die Beschäftigten zu recht ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen zur Sicherstellung der guten Angebote für Kinder und Eltern aufrechterhalten, bleibt der Kitabetrieb sichergestellt. Gleichzeitig führen Rückgänge in den Geburtenzahlen schon jetzt berlinweit zu sinkenden Belegungszahlen und auch der Fachkräftemangel bleibt ein Problem. Die Eigenbetriebe sind ein Garant dafür, dass allen Kindern die nötige Betreuung und Bildungsangebote von Anfang an zur Ver-

fügung stehen.

Deshalb kämpft die SPD-Fraktion mit Jugendstadträtin Carolina Böhm (SPD) für eine sichere Zukunft der Eigenbetriebe als Bildungsorte und auch als attraktiven Arbeitsplatz.

Moltkebrücke wiedereröffnet

Die Moltkebrücke über die S-Bahn am Bahnhof Botanischer Garten wurde nach vielen Jahren Bauzeit endlich wiedereröffnet und verbindet wieder die Kieze dies- und jenseits der Bahnstrecke in Lichterfelde-West. Das Ergebnis kann sich sehen lassen!

Gleichzeitig muss jetzt die von der BVV beschlossene und den Bürger*innen (u.a. in der Bürger*inneninitiative Blumenkiez) geforderte Umgestaltung des Eugen-Gerstenmeier-Platz umgesetzt werden, damit die Bahnhofsumgebung für Anwohnende, Besucher*innen und die Geschäfte wieder attraktiv wird.

Wie weiter mit Schulwegsicherheit?

Die Aktionstage zur Schulwegsicherheit gehen weiter, in Lichterfelde-West zum Beispiel an der Athene-Grundschule und der Clemens-Brentano-Grundschule.

Die SPD-Fraktion in der BVV bleibt am Ball und setzt sich gemeinsam mit den Eltern dafür ein, dass Kinder sicher und selbstständig zu Ihrer Schule kommen



können. Erste Initiativen des Bezirksamtes gibt es bereits, aber es muss hier deutlich schneller gehen! Ganz klar ist aber: das Engagement der Eltern und Kinder zahlt sich aus und das Thema erhält nun endlich mehr denn je den ihm zustehenden Stellenwert.

Endlich mehr Wohnraum im Bezirk

Die Umsetzung und Planung verschiedener Wohnbauprojekte im Bezirk geht voran. Bei unseren Nachbar*innen in Lankwitz zum Beispiel, nimmt eine Planung für die Bebauung des demnächst schließenden Tanklagers Form an. Auch in Lichterfelde-Süd gehen die Bauarbeiten für das neue Stadtquartier bald los. Die SPD-Fraktion begrüßt außerdem, dass endlich auch weitere Orte für die Unterbringung für Geflüchtete und Schutzsuchende im Bezirk vorangehen, damit wir unserer humanitären Aufgabe auch im Bezirk nachkommen und neue Nachbar*innen willkommen heißen können. Sorge bereiten weiterhin die unsichere Zukunft des Steglitzer Kreisel, der aktuell als Bauruine über dem Bezirk steht.

Die anstehende Umsetzung eines Bebauungsplans für das ehemalige Coca-Cola-Gelände in Lichterfelde-Ost beobachtet die SPD-Fraktion kritisch. Sie befürchtet, dass das Gelände durch die veralteten Planungen weit unter seinem Potential für günstigen und vor allem ausreichenden Wohnraum für den wachsenden Bezirk bleibt.

Alexander Niessen

Die Demokratie hat sich bewährt....wieder einmal! Wenn dem Kanzler das Vertrauen des Parlamentes versagt wird, bedeutet das nicht, dass die Demokratie Vertrauen verloren hat. Im Gegenteil: Die Stärke unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassung wird in einer solch durchaus außergewöhnlichen Situation in besonderer Weise deutlich. Wenn der gewählte Regierungschef seine Kanzlermehrheit verliert, kann er sein Amt nicht mehr verlässlich ausüben und gefährdet die Stabilität unseres Landes. Die Vertrauensfrage, mit der klare Verhältnisse geschaffen werden können, ist damit trotz ihrer Seltenheit ein ganz normaler demokratischer Vorgang. Der Parlamentarische Rat hat bei der Erarbeitung unseres Grundgesetzes deshalb dafür auch ein Verfahren mit klaren Regeln vorgesehen. Sie wollten in der Bundesrepublik Deutschland keine Wiederholung der zuweilen chaotischen Verhältnisse der Weimarer Republik.

Nun sind wir Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, nein, gefordert, unser vornehmstes demokratisches Recht auszuüben – die Wahl von vertrauenswürdigen und verlässlichen Frauen und Männern als Abgeordnete des Deutschen Bundestags. Als SPD Lichterfelde West haben wir eine klare politische Orientierung für die anstehende Wahl. Uns geht es aber vor allem auch darum, die Menschen in unserem Bezirk dafür zu gewinnen, mit ihrer Beteiligung an der Wahl ihr Vertrauen in unsere Demokratie zu beweisen und ein Signal an jedwede antidemokratischen Kräfte zu senden, dass es ihnen nicht gelingen wird, unser freiheitliches rechtsstaatliches Zusammenleben zu gefährden.

Nehmen Sie Ihr stärkstes demokratisches Recht in Anspruch: Gehen Sie wählen!